

# RS Vfgh 1996/8/13 B2119/96

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 13.08.1996

## Index

10 Verfassungsrecht

10/07 Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof

## Norm

VfGG §85 Abs2 / Grundverkehrsrecht

## Rechtssatz

Keine Folge

Versagung der grundverkehrsbehördlichen Genehmigung zu einem "Bevollmächtigungsvertrag" hinsichtlich eines geschlossenen Tiroler Hofes.

Die belangte Behörde machte zwingende öffentliche Interessen geltend, da bereits der Rechtserwerb des Beschwerdeführers durch Kaufvertrag am geschlossenen Hof rechtskräftig grundverkehrsbehördlich versagt und eine dagegen an den Verfassungsgerichtshof gerichtete Beschwerde als unbegründet abgewiesen worden sei.

In Übereinstimmung mit der belangten Behörde ist davon auszugehen, daß angesichts des E v 28.11.94B270/94, am sofortigen Vollzug des angefochtenen Bescheides zwingende öffentliche Interessen bestehen.

## Schlagworte

VfGH / Wirkung aufschiebende

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1996:B2119.1996

## Dokumentnummer

JFR\_10039187\_96B02119\_01

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>